

Kulturpolitik als Stadtpolitik

Die neue Erklärung des Deutschen Städtetages

Interview mit dem Vorsitzenden des Kulturausschusses Dr. Hans-Georg Küppers

KuMi: Der Deutsche Städtetag hat soeben eine neue kulturpolitische Erklärung verabschiedet (siehe auch Rubrik »Im Wortlaut«). Sie setzt eine Tradition wichtiger Verlautbarungen und Positionspapiere fort, die die kommunale Kulturpolitik in Deutschland beeinflussen haben. Was waren der Anlass und das Motiv für die aktuelle Erklärung?

Dr. Hans-Georg Küppers: In der Tat hat der Kulturausschuss des Deutschen Städtetages in seiner Geschichte wegweisende Erklärungen und Positionspapiere formuliert, bis hin zum Jahr 2003 das Papier »Kulturpolitik in der Stadt der Zukunft«. Eine besonders bedeutende war für mich die Erklärung von 1973 »Bildung und Kultur als Elemente der Stadtentwicklung«, die einen Beginn der Neuen Kulturpolitik markierte. Sie reagierte damals auf gesellschaftliche Veränderungen, z.B. auf die »Unwirtlichkeit der Städte« und auf die Demokratisierungsbewegungen in der Gesellschaft und in der Politik. Die Erklärung hatte Signalwirkung und hat Kulturpolitik konkret verändert. Das jetzt vorliegende Papier »Kulturpolitik als Stadtpolitik« ist zum einen eine aktuelle Bestandsaufnahme, sie formuliert Fragestellungen, die sich durch veränderte Rahmenbedingungen seit Beginn des neuen Jahrtausends ergeben haben, und sie gibt zum anderen Empfehlungen zum Umgang mit diesen Rahmenbedingungen. Zu nennen sind: das Thema der verstärkten Migration, die Digitalisierung von privaten, wirtschaftlichen und öffentlichen Beziehungen, die Ökonomisierung der Gesellschaft, die auch die kulturelle Daseinsvorsorge betrifft, und die sich verschärfende Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte. Hier sind wir gefordert, Antworten zu finden und Strategien zu entwickeln. Das kann und muss Kulturpolitik für die Gesellschaft leisten.

Wenn Sie den umfangreichen Erklärungstext in drei Sätzen zusammenfassen sollten, was wären dann die Hauptbotschaften für Sie?

- Kulturpolitik ist gestaltende Stadtpolitik, auch im Sinne der Schaffung einer geistigen Infrastruktur.
- Kulturelle Vielfalt in der Stadtgesellschaft verlangt, Verbindendes zu suchen und Verschiedenheiten zuzulassen, und zwar im Sinne von Anerkennung, nicht lediglich im Sinne von Toleranz.
- Vorausschauende Kulturpolitik darf nicht länger singular agieren, vielmehr ist ein ressortübergreifendes Handeln erforderlich, ein Handeln, das auch verstärkt Künstlerinnen und Künstler ins Blickfeld rückt.

Warum betonen Sie die Anerkennung so stark gegenüber der Toleranz? Ist Toleranz eine so schlechte Haltung?

Das will ich damit nicht sagen. Toleranz ist natürlich eine Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben, aber sie reicht nicht aus. Ich erinnere an Goethes Diktum: »Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: Sie muß zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.« Ich interpretiere diesen Satz heute so, dass Integration nur über Anerkennung möglich ist. Menschen in ihrem Anderssein zu respektieren, ist mehr als Toleranz. Hier geht es um aktive Zuwendung. Nicht nur im Sinne der Ansprache und des Sich-Kümmerns, sondern auch in der Hinsicht, dass gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen dieselben Erwartungen formuliert werden wie gegenüber anderen Mitgliedern der Gesellschaft.

Die neue DST-Erklärung ist sehr allgemein und gesellschaftspolitisch formuliert, aber sie spricht auch konkrete kulturpolitische Entwicklungsprobleme an. So heißt es gleich in der Präambel, dass die Kulturpolitik sich wegen der finanziellen Restriktionen vorrangig um den Erhalt der kulturellen Infrastruktur kümmern müsse, während die »wichtigsten Aufgaben« aus dem Blick gerie-

ten. Steckt Kulturpolitik in einer Infrastrukturfrage? Was sind ihre wichtigsten Aufgaben?

Ich sehe sehr häufig, dass es in der kommunalen Kulturpolitik lediglich darum geht, den kulturellen Bestand zu sichern – was manchmal schon schwierig genug ist –, aber das Ermöglichen von Neuem, Unerwartetem und das Riskieren des Scheiterns werden immer seltener.

Entwicklung von Infrastruktur bedeutet auch, dass Wohnen, Arbeiten, Kunst und Kultur sowie Wissenschaft zusammen betrachtet werden müssen. Der kulturelle Aspekt spielt für die nachhaltige Stadtgestalt, die Architektur, die Nutzung öffentlicher Räume als Orte der Kommunikation eine zentrale Rolle. Gleiches gilt für Arbeits- und Produktionsmöglichkeiten von Künstlerinnen und Künstlern. Lediglich Erhalten ist unter diesen Gesichtspunkten zu wenig.

Ein wichtiger Topos der Erklärung ist die soziale Situation der Künstlerinnen und Künstler. Sie ist sozusagen die andere, subjektive Seite der Medaille: Konstatiert wird in der Erklärung eine »nicht auskömmliche Einkommenssituation« und eine Abkoppelung von der allgemeinen Einkommensentwicklung. Ist das nicht eine eher beschönigende Beschreibung für den Fakt der manifesten Armut, der bei vielen KünstlerInnen und Künstlern und anderen freien Akteuren im Kulturbereich zumindest im Alter zu beklagen ist? Was kann kommunale Kulturpolitik tun, um dieser Entwicklung zu begegnen?

Die ökonomische Situation vieler Künstlerinnen und Künstler, da ist nichts schönzureden, muss verbessert werden. Dies ergibt sich auch aus dem Faktum, dass es ohne Künstlerinnen und Künstler in der Stadt keine Künste und damit keine anregenden kulturellen Milieus geben kann. Wir beschönigen diese Umstände gerade nicht, wenn wir feststellen, dass Kulturberufe in

Teilen von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt wurden, und fordern deshalb eine faire Entlohnung (Stichwort »art but fair«) dieser Berufsgruppen. Und, was vielleicht noch wesentlicher ist, wir heben die Bedeutung der Arbeit von Kulturerberufen für die langfristige Entwicklung der Stadt hervor, weil ohne Kunst und Kultur in der Stadt eine nachhaltige soziale und ökonomische Entwicklung nicht sichergestellt ist.

Kommunale Kulturpolitik ist gefordert, Künstlerinnen und Künstler, die nicht abhängig beschäftigt sind, Handlungsspielräume zu eröffnen und ein vernünftiges Auskommen zu ermöglichen. Das geschieht auch durch Vorschläge im Positionspapier wie z. B. die Kunst am Bau mit einem festzulegenden Prozentsatz systematischer einzusetzen. Ein anderer Ansatz wäre, wie oben schon angesprochen, in der kommunalen projektbezogenen Kulturförderung darauf zu achten, dass eine faire Entlohnung auch eingehalten wird.

Mehr noch als die soziale Situation der kulturellen Akteure thematisiert die Erklärung die interkulturelle Situation in unseren Städten, die sich derzeit stark verändert. Der Text beinhaltet keine Feier der kulturellen Vielfalt mehr, sondern betont die Konflikte und Herausforderungen, die in der Empfehlung gipfeln, die kulturelle Differenz sei friedlich auszutragen. Kann es sein, dass hier ein neuer Realismus Platz greift, der den aktuellen Entwicklungen in der Flüchtlingsfrage geschuldet ist?

Schon bevor viele Menschen aus ihrer Heimat flüchten mussten und zu uns gekommen sind, waren für die kommunale Kulturpolitik die Begriffe der kulturellen Vielfalt und der Interkultur in ihren unterschiedlichen Formen von zentraler Bedeutung. Dies drückt sich auch in den Angeboten und Partizipationsmöglichkeiten kommunaler Kultureinrichtungen bzw. der freien und gemeinnützigen Akteuren aus. Wichtige Voraussetzungen dafür waren und sind dabei der Spracherwerb und Angebote der Bildung. Der These, »dass hier ein neuer Realismus Platz greift«, kann ich also nur bedingt zustimmen. Der realistische Blick in die Vergangenheit des mitteleuropäischen Raumes zeigt doch, dass Integration in rechtlicher, sozialer, kultureller und identifikatorischer Hinsicht auf Dauer funktioniert, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Blieben wir noch einen Moment bei der Migrationsthematik, die uns derzeit alle bewegt. Im Erklärungstext ist von »Disharmonien« mit Blick auf die verschiedenen ethnischen Milieus die Rede, aber auch von der »Fiktion« eines »friedlichen Miteinanders

von Arm und Reich, von Ober- und Unterschicht«. Das sind neue Töne. Meint die im Erklärungstext geforderte »Neupositionierung« auch, dass sich Kulturpolitik diesen Fragen stellen muss? Und wenn ja wie?

Kommunale Kulturpolitik muss sich auf neue Qualitäten und Quantitäten gesellschaftlicher Entwicklung immer wieder neu einstellen. Wir wissen, dass ein friedliches Miteinander durch vermeintliche oder tatsächliche materielle und ideelle Disparitäten erschwert wird. Daran kann Kulturpolitik nur bedingt etwas ändern. Umso mehr kommt es darauf an, die kulturelle Differenz und ggf. Disharmonie zu erkennen und darauf zu reagieren. Grundlage des Wertgefüges ist selbstverständlich das Grundgesetz, das den Rahmen für Toleranz und Respekt gegenüber dem Anderen setzt. Innerhalb der Regeln des Grundgesetzes gilt es, Verbindendes zu suchen und Differenz zuzulassen, wenn man so will, einen innergesellschaftlichen Kulturaustausch zu gewährleisten. Die große Bereitschaft der hier ansässigen Bevölkerung, den jüngst ankommenden geflohenen Menschen zu helfen, findet ihr Pendant im kulturellen Bereich. Hier hat eine wertebasierte Kulturpolitik eine große Verantwortung.

Aber wir dürfen die Augen auch nicht davor verschließen, dass viele Menschen mit den gegenwärtigen Entwicklungen überfordert sind und ihre Ängste auf die Flüchtlinge projizieren. Kulturpolitik muss auch diese Menschen erreichen und immer wieder Angebote für Gespräche und Information machen. Dieses Thema darf nicht denen überlassen werden, die Ressentiments schüren. Hier muss sich Kulturpolitik auch als Demokratiepoltik bewähren.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, hat eine Initiative mit dem Thema »Kultur öffnet Welten« gestartet, die auch Thema der DST-Kulturausschusssitzung Anfang Dezember sein wird. Ist diese Initiative der richtige Weg? Oder wie sollte der Bund in dieser Frage aktiv werden?

Der Titel ist zumindest in seiner Allgemeinheit nicht falsch. Ob es einer Bündelung von Aktivitäten in einem bestimmten Zeitraum bedarf, lasse ich hier einmal offen. Wichtig ist die tägliche Praxis vor Ort: 365 Tage im Jahr. Wenn der Bund sich dort unterstützend einklinken würde, wäre dies wunderbar. Dies sollte mit den Ländern und Kommunen verabredet werden. Es kann nicht sein, dass der Bund nur Symbolpolitik betreibt und die Akteure vor Ort die Mühen der Ebenen überlässt. Hier bedarf es eines verant-

wortungsvollen kooperativen Föderalismus, um diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu meistern.

Die Kulturpolitik des Bundes hat immer stärkere Auswirkungen auf die kommunale Ebene. Erst kürzlich wurde der Kulturretat 2016 um ca. 120 Millionen Euro für investive Maßnahmen aufgestockt, über 700 Millionen Euro sind für die nächsten Jahre verabredet. Der Deutsche Kulturrat spricht von einem Programm, das bei Licht besehen aber nicht zu erkennen ist. Für das Programm »Kultur macht stark« der Bundesministerin für Bildung und Forschung wird von den zivilge-



Dr. Hans-Georg Küppers ist Kulturreferent der Landeshauptstadt München sowie Vorsitzender des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages.

sellschaftlichen Trägern schon nach der Halbzeit eine Verlängerung gefordert, was ja zu erwarten war. Was ist von diesen Aktionen zu halten? Gibt es darüber ein systematisches Gespräch mit dem Bund?

Ich begrüße es, dass sich der Bund seit Einrichtung einer eigenständigen Behörde für Kultur und Medien immer stärker an der Gestaltung der Kulturaufgaben in Deutschland beteiligt. Obwohl dies nun schon 17 Jahre zurückliegt, ist eines noch nicht erreicht: eine wirkliche Vernetzung der Kulturaktivitäten aller Ressorts der Bundesregierung. Da gibt es in manchen Fällen noch Abstimmungsbedarf und auch der Aufbau von Doppelstrukturen muss vermieden werden. Unter diesen Voraussetzungen ist eine regelmäßig Abstimmung der staatlichen Ebenen mit der kommunalen Ebene sinnvoll. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter und fordern im Hinblick auf die Ermöglichung eines stärkeren Engagements des Bundes in der Bildung, das Kooperationsverbot nach Artikel 91a GG abzuschaffen.

Die Wirkung von Bundesförderung, z. B. im Programm »Kultur macht stark«, kann entscheidend verbessert werden, wenn eine engere Verzahnung mit den Gesamtkonzepten zur kulturellen Bildung in kommunalen Bildungslandschaften gelingt. Eine Direktförderung der Städte und Gemeinden würde uns noch erheblich weiterbringen.

Ein wichtiges Thema der Erklärung ist das kulturelle Erbe als »Gedächtnis und Ressource« in der Stadtgesellschaft. Das dingliche wie das immaterielle Erbe seien die Grundlage für das »unverwechselbare Erscheinungsbild einer Kommune« und mitverantwortlich für Identität, Lebensqualität und Engagement der Bürger. Gleichzeitig wird das Problem gesehen, dass die Migrationsrealität eine andere Interpretation des Erbebegriffs erforderlich macht und Stadtgeschichtsschreibung immer wieder neu ausgerichtet werden muss. Deutet sich hier ein Paradigmenwechsel im Umgang mit dem kulturellen Erbe an? Was bedeuten die dramatischen Veränderungen unserer Gesellschaft für diesen Begriff? Brauchen wir nicht vielmehr neue Erzählungen und Auseinandersetzungen, die vom Leben in der Zukunft handeln?

Das kulturelle Erbe der Menschen und ihrer Familien, die bei uns ihre Heimat gefunden haben, wird zum Bestandteil des kul-

turellen Erbes in Deutschland insgesamt. Jede Generation entwickelt einen neuen Blick auf die Geschichte und Traditionen ihres Landes. Insoweit wird Geschichte immer wieder neu geschrieben. Diese Zusammenhänge deutlich zu machen, ist Aufgabe der Geschichtsarbeit der Städte und der kulturellen Einrichtungen, wie z. B. stadtgeschichtliche Museen oder städtische Archive. Es gilt verständlich zu machen, warum etwas so ist, wie es sich uns heute darstellt. Insoweit ist es richtig, dass wir neue Erzählungen zur Vergangenheit brauchen und immer wieder neue Auseinandersetzungen mit dem Erbebegriff initiieren sollten, und zwar solange, bis diese Erzählungen tatsächlich Geschichte geworden sind. Und danach sind neue Geschichten zu erzählen, um Zukunft zu gestalten.

Die Erklärung »Kulturpolitik ist Stadtpolitik« liegt nun vor. Wie wird sie kommuniziert? Und welche Wirkung erwarten Sie?

Das Positionspapier richtet sich an alle Politikfelder, von Kulturpolitik, Bauen und Stadtentwicklung, Sozial- und Bildungspolitik bis zur Wirtschaftsförderung. Wie es jetzt in den Städten kommuniziert wird, in Ausschüssen, in Tagungen, in Fachforen oder in der Verwaltung, bleibt jeder Stadt selbst überlassen. Ich erwarte jedoch, dass durch die Analyse der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die damit einhergehenden Empfehlungen die Kulturpolitik als wesentliches Movens für die Stadtpolitik erkannt wird.

Die Fragen für die Kulturpolitischen Mitteilungen stellte Dr. Norbert Sievers.

Das Papier kann abgerufen werden unter: www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/positionspapier_kulturpolitik_als_stadtpolitik_sept_2015.pdf. Ein Auszug ist abgedruckt in der Rubrik »Im Wortlaut« in diesem Heft.

EVANGELISCHE AKADEMIE ✱ LOCCUM

Vom Wert der Kunst als Ware und öffentliches Kulturgut

Aufgaben der Kulturpolitik zwischen Markt und öffentlichem Interesse

61. Loccumer Kulturpolitisches Kolloquium von Evangelischer Akademie Loccum und Kulturpolitischer Gesellschaft e.V.

Evangelische Akademie Loccum vom 19. bis 21. Februar 2016

Das Verhältnis von Kunst als Ware einerseits und als Kulturgut andererseits wird derzeit wieder einmal neu ausgehandelt, wie nicht zuletzt die Auseinandersetzung um die Veräußerung der Warhol-Gemälde in Nordrhein-Westfalen oder die Debatte um das Kulturgutschutzgesetz zeigen. Diese Aushandlungsprozesse finden vor dem Hintergrund globaler Entwicklungen wie zunehmender Ökonomisierung und Digitalisierung statt. Dabei ändern sich auch die Aufgaben, Rollen und Möglichkeiten für die Akteursgruppen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Vor dem Hintergrund dieser Debatten fragt das 61. Kulturpolitische Kolloquium: Welche kulturpolitischen Wertentscheidungen wurden hier getroffen? Welche Änderungen sind angesichts der neuen Entwicklungen kulturpolitisch notwendig? Wo soll – im Hinblick auf die Doppelnatur von Kultur als Ware einerseits und Träger von Werten andererseits – die Grenzen zwischen den beiden Sphären gezogen werden? Und von wem? Was folgt daraus?

Auf der Tagung geht es um eine Einordnung aktueller Sachverhalte, ihre kulturpolitische Bewertung und um die Generierung von Lösungsansätzen für die Frage der Kunst zwischen Markt und Staat. Notwendig ist in diesem Zusammenhang eine Abwägung zwischen einerseits *Offenheit*

- für technische Entwicklungen, die neue kulturelle Produktionsmöglichkeiten und neue Rezeptionsweisen generieren,

- gegenüber einem veränderten kulturellen Umfeld, in dem nationale Rahmen zu Gunsten eines transnationalen und -kulturellen Horizonts aufgebrochen werden, sowie
- gegenüber einem Markt, der Produzenten, Mittlern und Konsumenten Wertschöpfung aus kulturellen Produkten ermöglicht, und andererseits *Bewahrung* und *Schutz* öffentlich bedeutender Kulturgüter, die wesentlich dazu beitragen, Öffentlichkeit in einer demokratischen und pluralen Gesellschaft überhaupt herzustellen, indem sie Träger von Bedeutungen sind, die einen öffentlichen Diskurs über Kultur im engeren und gesellschaftliche Grundwerte im weiteren Sinne erst ermöglichen.

Eine wichtige Frage ist dabei, welchen Anforderungen Kulturpolitik als Demokratiepoltik heute in einer sich global rasant verändernden Gesellschaft genügen muss, um aktiv zur Gestaltung der Gesellschaft beitragen zu können – ein Anspruch, der auch 40 Jahre nach Gründung der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. fest im Blick des Kulturpolitischen Kolloquiums ist.

Sie sind herzlich willkommen, sich an der Diskussion zu beteiligen und sich in die Debatte einzubringen!

Das Programm können Sie unter www.loccum.de/programm/p1601.html einsehen. Dort können Sie sich auch anmelden. Die Tagungsgebühr beträgt inkl. Übernachtungen und Verpflegung 180 Euro.



Evangelische Akademie Loccum • Münchehäger Straße • 31547 Rehburg-Loccum
T 05766/81-106 • albert.drews@evlka.de • www.loccum.de/programm/p1601.html

